

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886846 pbbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Dieter Schanz MdB zur Konferenz "Umwelt und Entwicklung" der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro: Zum Überleben brauchen wir mehr als Wortgeklingel.

Seite 1

Petra Mackroth und Malte Ristau zur Notwendigkeit, dem gesellschaftlichen Wandel bei den Senioren gerecht zu werden: Plädoyer für eine neue sozialdemokratische "Alten-Politik".

Seite 3

47. Jahrgang / 56

20. März 1992

Zum Überleben brauchen wir mehr als Wortgeklingel Zur Konferenz "Umwelt und Entwicklung" der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro

Von Dieter Schanz MdB
Umweltpolitischer Sprecher der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der SPD-Bundestagsfraktion

Je näher der Konferenztermin rückt, desto geringer werden die Erwartungen.

Die wohl teuerste Tagung aller Zeiten droht als Gipfel der Lippenbekennnisse und Wortgeklingel zu enden, denn neben aller wohlfeiler Rhetorik, regiert zwischen Nord und Süd ein krasser Interessenkonflikt. So konditionieren die ASEAN-Staaten ihre Teilnahme an der Konferenz: Ihre Beteiligung machen sie davon abhängig, ob die Industrienationen bereit sein werden, ihre Verantwortung für die Altlasten der Umweltzerstörung anzuerkennen und erhebliche Mittel für Reparaturleistungen aufzubringen. Die reichen Staaten jedoch stellen sich taub, wann immer die Entwicklungsländer für einen "grünen Umweltfond" auch nur einen Bruchteil jener jährlich 125 Milliarden Dollar fordern, die jüngst die Vereinten Nationen ins Spiel brachten.

Letztendlich wird sich bei der Konferenz herausstellen, ob die wohlklingenden Worte und Absichten der Bundesregierung mehr sind als Wortgeklingel. Es wird sich zeigen, ob die Bundesrepublik an der Spitze eines Geleitzuges von EG und EFTA segelt, ob sie bereit ist, unabhängig vom größten Bremser - den USA - die Konvention zu Klima, Artenschutz und Tropenwalderhaltung zu unterzeichnen und wirklich die Ursachen der Armut als Haupthinderungsgrund für Entwicklung und zentrale Ursache für Umweltzerstörung zu bekämpfen.

Dies zu hinterfragen und zu fordern, ist vornehmste Aufgabe des Parlaments und deshalb wurde von der SPD-Fraktion der in der Debatte vom 19. März 1992 (leider einmal wieder zu einer sehr späten Stunde, was Rückschlüsse auf die allgemeine politische Gewichtung des Themas zuläßt) der Antrag "VN-Konferenz Umwelt und Entwicklung 1992" (Drucksache 12/1652) eingebracht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Ökologischer Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Hautnah erleben wir hier in der Bundesrepublik und in den reichen Industrieländern, daß Menschen aus Not und Armut aufgrund von Umweltzerstörung zu uns flüchten, da sie in ihren Ländern keine Basis zur Existenzsicherung mehr haben. Um eine Lösung der Problematik herbeizuführen, muß man sich zunächst der Ursachen und deren Verquickung bewußt sein.

Als Entwicklungspolitiker befaße ich mich schon seit Jahren mit diesen Aspekten und ich werde nicht müde werden, auf den Zusammenhang zwischen der materiellen Reichumsverteilung dieser Erde national und international und Entwicklung, auf die Verquickung von Umweltschutz und Entwicklung, von Umweltzerstörung und Armut, von Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung hinzuweisen.

Die Komplexität der Problematik ist weitestgehend bekannt. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Zum Schutz der Erdatmosphäre" hat hier hervorragende Erkenntnisse geliefert, auf deren Basis eine Reihe von Anträgen der SPD formuliert wurden, die sich speziell zum Thema Tropenwald und Ozonschicht und zum Klimaschutz äußern. Doch eine Verkürzung der Thematik "Umwelt und Entwicklung" auf den Aspekt der Tropenwalderhaltung - der von der Bundesregierung medienwirksam in einer Art Alibifunktion zur Überdeckung der übrigen Umweltsünden der Industrienation BRD eingesetzt wird - darf nicht erfolgen.

Tropenwaldschutz muß neben Ressourcenschutz als ein wichtiger Punkt angesehen werden; er muß aber im Zusammenhang mit armutsbedingter Umweltzerstörung, Verschuldungskrise und Weltwirtschaft gesehen werden. Nur eine Bündelung der Maßnahmen kann zur Lösung der weltweiten Umweltzerstörung beitragen, das isolierte Herumdoktern an Einzelproblemen wird nicht genügen. In dem von der SPD eingebrachten Antrag zur UNCED-Konferenz berücksichtigt dies und schildert außerdem ausführlich die entwicklungspolitischen Aspekte der Problematik, zeigt den Zusammenhang von Armut und Umweltzerstörung, von Umwelt und Entwicklung auf. Die SPD hält diesen Antrag deshalb für besonders wichtig, da immer wieder die Aspekte der Entwicklungspolitik zu wenig oder gar nicht berücksichtigt werden.

Selbst in dem umfangreichen Bericht des nationalen Vorbereitungskomitees für die UNCED-Konferenz finden wir nur wenige Seiten zur Entwicklungspolitik. Der Antrag der SPD will diese Lücke füllen, indem dort die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Politikkonzept zu entwerfen und in Rio vorzulegen, das folgenden Ansprüchen gerecht wird:

- * Das Konzept soll festlegen, welchen Beitrag die Industrieländer zur Bewältigung der Problematik, das heißt zur Eingrenzung des eigenen Umweltverbrauchs, leisten werden. Dabei soll sich die Bundesregierung in Rio dafür einsetzen, daß es zu einer konkreten Verpflichtung der Industrieländer zur Umsetzung der bereits international getroffenen Vereinbarungen kommt.
- * Die Bundesregierung soll in Rio ein Konzept zum ökologischen Strukturwandel vertreten, das Gesichtspunkte enthält wie: debt-for-nature-swap; Einführung von sozialen und ökologischen Standards bei GATT, IWF und Weltbank; Weltverschmutzungs- und Weltressourcenabgabe; Wandel vom Konzept der Überbewertung der Arbeitsproduktivität hin zu einem Konzept der Ressourcenproduktivität (ich meine Energie- und Rohstoffeinsparung), um nur einige zu nennen.
- * Ferner soll die Bundesregierung als Vertreter eines Industrielandes eine Vorbildrolle beim Einsatz moderner Umwelttechnologie einnehmen und international verbindliche Regelungen initiieren.
- * Außerdem soll die Bundesregierung in Rio versuchen - und diesen Punkt halte ich für besonders wichtig - alle Industriestaaten dazu zu veranlassen, eine Art "ökologischen Lastenausgleich" - finanziell und technologisch - an die Entwicklungsländer zu leisten, da die Industrienationen die größten Umweltverbraucher sind und die Entwicklungsländer am stärksten unter den Folgen leiden.

Selbst wenn bei der Konferenz die hochgesteckten Ziele nicht erreicht werden sollten, bleibt die Konferenz dennoch ein Erfolg und zwar in dem Sinne, daß Probleme klar aufgezeigt werden und genau zu erkennen sein wird, wer beispielsweise für das Scheitern der Formulierung einer gemeinsamen Erdcharta und der Realisierung einer gemeinsamen Politikstrategie der

Teilnehmerstaaten verantwortlich ist. Hier werden dann im umgekehrten negativen Sinne die Verantwortlichen klar Farbe bekennen müssen: entweder sind sie bereit, eine umweltgerechte Politik zu verfolgen und dementsprechend auch die erforderlichen Leistungen zu erbringen oder sie werden eindeutig als Blockierer einer solchen lebenswichtigen Politikorientierung erkennbar sein; sie werden sich nach der Konferenz nicht mehr hinter noch so wohl klingenden Lippenbekenntnissen und werbewirksamen Kampagnen verstecken können.

Hier meine ich sowohl die Industrieländer als auch die Entwicklungsländer. Jeder Staat hat im Rahmen seiner spezifischen und der ihm eigenen Fähigkeiten die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Umweltschutz ist kein Luxus, sondern ein Imperativ des Überlebens. Eine koordinierte, effiziente Umwelt- und Entwicklungspolitik liegt damit durchaus in unserem ureigensten Interesse. Tiefgreifende Reformen sind im Norden wie im Süden erforderlich. Bei der UNO-Umweltkonferenz in drei Monaten bietet sich die Gelegenheit, die Weltgemeinschaft auf den Weg der notwendigen, längst überfälligen Reformen zu bringen. Es gilt, im eigenen Lande damit anzufangen. Deshalb hoffe ich sehr, daß der von SPD eingebrachte Antrag in den Gremien des Deutschen Bundestages eine große Mehrheit finden wird.

(-/20. März 1992/rs/ks)

Plädoyer für eine neue sozialdemokratische "Alten-Politik"

Zur Notwendigkeit, dem gesellschaftlichen Wandel bei den Senioren gerecht zu werden

Von Petra Mackroth

Referentin für Seniorenarbeit im SPD-Partelvorstand und

Malte Rüstau

Referent im Planungstab des SPD-Partelvorstandes

1. Unsere Gesellschaft wird älter

Der demographische Wandel zählt zu den einschneidendsten Prozessen, die alle Industrienationen in den nächsten Jahrzehnten prägen werden. Die gesamtdeutschen Sachverhalte sind eindeutig: Einem nachhaltigen Geburtenrückgang steht eine deutlich erhöhte Lebenserwartung gegenüber. Der Bevölkerungsanteil und die absolute Zahl der Älteren nehmen stark zu. Auch bei vorsichtiger Fortschreibung der Trends wird sich ihr Anteil bis zur Jahrtausendwende auf 1/4 und bis zum Jahr 2030 auf mehr als 1/3 erhöhen und damit ein historisch beispielloses Niveau erreichen.

Drei Trends ergeben zusammen eine neue Situation: Die Veränderung der Altersstruktur, die Frühausgliederung älterer Arbeitnehmer sowie der Bedeutungswandel des Ruhestands. Die individuelle Lebenszeit ist erheblich angewachsen. Gleichzeitig sind gesundheitliche Verfassung und materielle Absicherung vergleichsweise besser geworden, der Bildungsstand allgemein höher. So ist das Alter zunehmend eine eigenständige Phase im Lebenslauf mit spezifischen Problemen, Perspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten. Vonnöten sind neue Lebensentwürfe der Betroffenen (2/3 von ihnen sind Frauen) und Leitbilder der Gesellschaft. Die Frage der gesellschaftlichen Beteiligung stellt sich neu.

Ruhestand und Alter sind keine "sozialen Gleichmacher". Soziale Ungleichheiten setzen sich bei Lebenslagen, Lebensstilen und Partizipationsmöglichkeiten fort. Hier liegt der traditionelle Ansatzpunkt für sozialdemokratische Alterspolitik, der durch die deutsche Einheit noch einmal nachdrücklich akzentuiert wird. Die Lebensläufe der Vorruheständler und Ruheständler in Ostdeutschland sind eng mit Aufstieg und Fall des dortigen Gesellschaftssystems verwoben. Ihre aktuellen und absehbaren Lebenslagen weisen sie als besonders "problematische" Gruppe aus. Gerade bei ihnen besteht die Gefahr, daß sie als "verlorene Generation" leben und erlebt werden. Für diesen Bevölkerungsteil besteht sozialstaatlicher Handlungsbedarf im klassischen Sinne.

Eine 1990 in den westdeutschen Ländern durchgeführte Repräsentativuntersuchung ergab, daß sich auch in der Gruppe der Älteren eine breite Palette von Lebensstilen und Lebenszielen

entwickelt. Die Vielfalt der geäußerten Erwartungen an Lebensqualität steht der in jüngeren Altersgruppen kaum noch nach. Bisher hat die SPD fast ausschließlich die Motive Sicherheit und Geborgenheit unterstellt. Sie behalten ihren hohen Stellenwert, neben sie treten aber zunehmend Wertsetzungen wie Selbständigkeit, Lebensgenuß, Selbstverwirklichung. Eine künftige sozialdemokratische Alterspolitik dies berücksichtigen. Die Folgeprobleme des demographischen Wandels betreffen die Gesellschaft als Ganze: Die Bereitstellung öffentlicher Güter der Infrastruktur, Konsum, Wohnungs- und Arbeitsmärkte, politische Machtverhältnisse. Erforderlich ist ein "neuer Wohlfahrts Mix?"

Der Faktor "Alter(n)" rückt ins Zentrum sozial- und gesellschaftspolitischer Strategien. Es geht darum, einen gewachsenen und weiter wachsenden Teil der Bevölkerung über neue Leitbilder und regulierende Konzepte in den Hauptstrom der Gesellschaft zu integrieren. In der administrativen Konsequenz ist es ein klassisches Querschnitts-Thema. Die Frage, wie der Lebensabschnitt "Alter" aussehen wird, reicht weit über die materiellen Versorgungsprobleme hinaus. Es geht mittelbar auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland. Der technologische Wandel ist nicht allein über die schrumpfende nachwachsende Generation zu bewältigen. Angesichts der notwendigen Aufgaben erscheint uns eine Alterspolitik, die die Älteren selbst weitgehend zu ihrem Träger hat, als sinnvolle Perspektive.

II. Handlungspotentiale der Älteren

In der Bundesrepublik leben derzeit rund 16 Millionen Menschen, die über 60 Jahre alt sind; das sind mehr als 20 Prozent der Bevölkerung. Da die 60- bis 70jährigen die fleißigsten WählerInnen überhaupt sind, liegt ihr faktisch wirksamer Anteil bei über 30 Prozent. Der hochstilisierte Midlife-Kult der SPD im Bundestagswahlkampf 1990 hat die Jungwähler nicht gewonnen, wohl aber die Älteren distanziert. Die Gesamtausstrahlung unserer Partei wurde von Älteren nicht zu Unrecht als Verdrängung ihrer Lebensziele und Lebensstile wahrgenommen. Am 2. Dezember 1990 betrug der Abstand zwischen Union und SPD bei den über 60jährigen rund 20 Prozent. Ohne annähernd durchschnittliche Ergebnisse bei den über 60jährigen wird die SPD weiter deutlich unter der strategischen Mehrheitsmarke von 40 Prozent liegen. Wissenschaftler und politische Planer gingen bislang von einer Zunahme des politischen Konservatismus im zunehmenden Alter aus. Untersuchungen zum Wahlverhalten zeigen, daß generationspezifische Erfahrungen und Orientierungen größere Bedeutung bekommen.

Unsere Gesellschaft sieht immer noch den älteren Menschen überwiegend gekennzeichnet von Leistungsabbau, von Verlust der Fähigkeiten und Fertigkeiten - drastisch gesagt, in der Rolle des Kostenfaktors. Mit der Deutungsfigur der "Überalterung" wird die demographische Entwicklung als Lähmung und Erstarrung interpretiert. Spezifische lebensgeschichtliche Erfahrungen und generationsspezifische Orientierungen führen in den neuen nachrückenden Ruhestandskohorten der westdeutschen Länder zu veränderten Themenprioritäten, Wertorientierungen, politischen Grundeinstellungen, Wahlverhalten und einem erweiterten Aktivitätsrepertoire.

Ältere organisieren sich in eigenen Gruppen. Wohlfahrtsverbände, Parteien und gesellschaftliche Organisationen gründen spezielle Seniorenvereinigungen. Ins Blickfeld rücken dabei nicht nur die Pensionäre von heute, sondern auch die von morgen; also die heute 55jährigen. Es sind die Angehörigen der "Flakhelfer" - und in wenigen Jahren der 68er Generation. Möglicherweise entsteht schon bald eine Dynamik des politischen Handelns Älterer, die mit den aktuell dominanten Formen nur noch wenig zu tun hat. Im Zuge des Alterns der Gesellschaft entsteht auch ein spezifisches gesellschaftliches und politisches Feld. Bedürfnisse und Lebenshaltungen suchen sich Ausdrucksmöglichkeiten. Die geselligen, sozialen und politischen Selbsthilfegruppen und Alten-Initiativen nehmen zu. Das Spektrum ihrer Aktivitäten reicht von Telefonketten bis zu Unternehmensberatungen. Kandidaturen könnten in Zukunft sowohl Proteststimmen auf sich ziehen als auch zum Ausdruck eines neuen Lebensgefühls ("aktive Alte") innerhalb einer Generation werden.

III. Zum Stand der sozialdemokratischen Seniorenarbeit

Wenn wir über sozialdemokratische Alterspolitik nachdenken, heißt das, daß wir es mit unterschiedlichen Akteuren, Adressaten und Arenen zu tun haben.

1. Es gibt Politik für die Älteren; dabei geht es zum Beispiel um das in der SPD gut verankerte sozialpolitische Engagement.
2. Es gibt Politik von den Älteren; hierbei handelt es sich um den Einfluß Älterer in Entscheidungsprozessen zu allgemeinen, nicht unbedingt altersspezifischen Fragen.
3. Es gibt eine Politik von Älteren für Ältere; diese zielt auf Selbstorganisation und Selbsthilfe der Älteren innerhalb der Organisation.

Der Anteil der über 60jährigen in der SPD beträgt 25 Prozent, der Anteil der über 55jährigen liegt bei circa 37 Prozent. Die Älteren sind gemessen am jeweiligen Anteil an der Mitgliedschaft in der Regel unterrepräsentiert bei der direkten Mitwirkung und in den entscheidungsbefugten Gremien. Erfahrungen aus Kampagnen und Wahlkämpfen der letzten Jahre belegen andererseits, daß ihre Mobilisierbarkeit überdurchschnittlich hoch ist. Auch in der SPD melden sich die aktiven neuen Alten zu Wort. Sie fordern mehr innerparteiliche Beteiligungsmöglichkeiten und programmatische Berücksichtigung ein. Sie treffen auf eine Partei, die Seniorenarbeit in weiten Teilen noch als Betreuungsarbeit betrachtet. Dieser Zuschnitt entspricht nicht den lebensweltlichen Erfahrungen und Zusammenhängen der Zielgruppe.

Die Seniorenarbeit wird in der Regel nur formal berücksichtigt. Es gibt wenig innovative Impulse aus den Gliederungen zur Arbeitsgestaltung. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt auf Informations- und Geselligkeitsveranstaltungen. Die Bandbreite von Arbeits- und Aktionsformen ist begrenzt, Teamarbeit ist selten. Wir erreichen in der Folge meist die eigenen Mitglieder und engste Sympathisanten. Seniorenbeauftragte fühlen sich mit ihrer Arbeit und ihren Wünschen, Neues auszuprobieren, oft alleingelassen. Neben den üblichen Wohlfahrtsverbänden und Vereinen treten immer mehr dezentrale projektbezogene, zum Teil zeitlich befristete Initiativen und Gruppen auf, die sich kulturellen, sozialen und politischen Anliegen widmen. Wir berücksichtigen sie bislang nur unzureichend.

Die Älteren insgesamt fordern Instrumente der Interessenvertretung verstärkt ein. Sie erwarten sich davon Korrekturen der von ihnen stark empfundenen gesellschaftlichen und individuellen Ausgrenzung, Diskriminierung und Entmündigung. Es haben sich neue Mitwirkungsgremien entwickelt, die "kommunalen Seniorenbeiräte", die als Mittler zwischen Älteren und den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern wichtig sind und wichtiger werden. Die Zahl der dort aktiven älteren SPD-Mitglieder ist groß. Ein verstärktes Engagement ist von kommunalen Mandatsträgern erforderlich.

IV. Schlußfolgerungen zur Verbesserung der innerparteilichen Arbeit

1. Für Seniorenbeauftragte gibt es zu wenige Bildungsangebote, die sich auf ihre Praxis auswirken. Projektorientiertes Arbeiten findet zu selten statt. Es ist Aufgabe der Parteischule, sich verstärkt um die Vermittlung dieses Know-how an die hauptamtlichen Mitarbeiter zu kümmern. Mit der Projektarbeit verändern sich auch Veranstaltungs- und Aktionsformen, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Vernetzung von Arbeitszusammenhängen.
2. Die Ausstattung der Seniorenarbeit in den Gliederungen muß verbessert werden. Die Älteren benötigen die gleichen finanziellen und personellen Ressourcen wie die anderen großen Zielgruppenbereiche (Frauen, Jusos, Arbeitnehmer). Der Bremer Parteitag hat dies so beschlossen.
3. Eine Reihe von Bezirken nutzt die Nicht-Wahlkampfzeit, Initiativen zur Veränderung der Seniorenarbeit zu planen und umzusetzen. Es gibt zwei legitime Anliegen: Die Älteren wollen Einfluß nehmen und gemäß ihrem Anteil beteiligt werden. Die Partei will zusätzliche Mitglieder und Wähler gewinnen.
4. Wir führen keine abstrakten und selbstgenügsamen Organisationsdebatten. Statt dessen hat der Bremer Parteitag zwei Modellversuche beschlossen. Sie werden unter den Kriterien öffentliche Resonanz, Bindfähigkeit von Nicht-Parteimitgliedern, Erweiterung der Themenorientierung und Arbeitsformen, innerparteiliche Teilhabechancen sowie der wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung beurteilt.

5. Es handelt sich dabei um die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren Baden-Württemberg sowie um die koordinierte und integrierte Projektarbeit (Beiratsmodell) Schleswig-Holstein. Eine formale Regelung der Beteiligung in Gremien verbürgt im übrigen noch nicht, daß sich die älteren Mitglieder tatsächlich nennenswert aktiver beteiligen.
6. Viele Ältere sind bereit, sich zu engagieren und ihren Ruhestand produktiv zu gestalten. Mit dem Übergang in den Ruhestand verlagert sich der Aktionsraum und die Erfahrungsbasis stärker auf das alltägliche Wohnumfeld. Wir werden im Rahmen des SPD-Projektes "SPD 2000" diskutieren, ob und inwieweit die Älteren zu Trägern eines zusätzlichen Organisationskerns werden können.

V. Folgerungen für die Vertrauensarbeit und die Profilbildung der SPD

Wir wollen einerseits aktive neue Alte verstärkt ansprechen und andererseits sicherheitsorientierte Ältere aus den traditionellen SPD-Milieus weiter an uns binden. Beide Gruppen erwarten eine bessere Vertretung ihrer Interessen.

Mit dem Projekt "Alter ist, was wir draus machen" haben wir 1990 versucht, für die beiden uns wichtigen Teilgruppen der Älteren sowohl unsere inhaltliche Modernisierung "zu übersetzen" als auch zu signalisieren: "Wir legen Wert auf Euch". Die Wirkung war begrenzt, weil die Gesamtausstrahlung der Partei anders akzentuiert wurde. Bausteine waren unter anderem eine bundesweite Bustour, eine Vielzahl von lokalen und regionalen Seniorentagen, eine Anzeige in der "HÖRZU" sowie ein spezieller Materialien-Set. In den Landtagswahlkämpfen wurde 1991/92 dieser Ansatz weitergeführt.

Das Präsidium der SPD hat eine Reihe von zentralen Arbeitsvorhaben beschlossen:

1. Der Parteivorstand führt eine Zukunftskongreß-Serie "unsere Gesellschaft wird älter" durch. Diese Veranstaltungen werden in Zusammenarbeit mit Landesverbänden vorbereitet.
2. Der vom Bremer Parteitag beschlossene bundesweite Seniorentag wird im Vorwahlkampf 1994 als Großveranstaltung durchgeführt. Als Vorlauf dazu werden regionale SPD-Seniorentage als Mix von inhaltlichen Foren, Messe und Kulturangebot vom Erich-Ollenhauer-Haus gefördert und unterstützt.
3. Der Parteivorstand bereitet für 1993 eine kommerzielle Werbekampagne vor.
4. Die in Bremen beschlossenen Modellversuche werden vom Ollenhauer-Haus beraten, begleitet und ausgewertet.

Über die Zukunftskongresse Foren und Gesprächskreise wird der Parteivorstand Kenntnisse und Kompetenzen erarbeiten. In die Diskussionen werden die entsprechenden Verbände sowie Experten aus der Altenarbeit und der Wissenschaft einbezogen. Der SPD-Parteivorstand hat eine neue Kommission "Demographischer Wandel/Seniorenpolitik" unter Leitung von Hans-Ulrich Klose eingerichtet. Die Beauftragten der Bezirke bilden den Seniorenbeirat, der die Senioren und die Aktivitäten der Untergliederungen koordiniert. Vorsitzender des Beirates ist ebenfalls Hans-Ulrich Klose. Auch die SPD wird Abschied nehmen (müssen) von überholten Vorstellungen ("Altasunbeweglichkeit") und reinen Belastungsdiskursen ("Altenlast"). Der Ruf nach den "neuen = aktiven Alten", die sich nicht mehr mit den herkömmlichen Rollenzuweisungen und Eigeninterpretationen - passiv, leidend, zurückgezogen - begnügen beziehungsweise begnügen wollen, ist nicht einfach eine Reaktion auf den Wandel der Lebensziele und Lebensstile. Es handelt sich auch um den Versuch von Wirtschaft und Politik, über Deutungsmuster neue gesellschaftliche Anforderungen zu formulieren.

(-/20. März 1992/rs/ks)
